Nummer 226 — Halle, Donnerstag, den 25. September 1924 — 59. Jahrgang.

Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.85 Goldmark und 40 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtt-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der Evangelische Landeskirchenausschuß in Preußen hat beschlossen, die Verfassung der Evangelischen Kirchen der Altpreußischen Union nunmehr zum 1. Oktober d. J. in Kraft treten zu lassen. Der neuen Verfassung soll am Reformationssonntag in den Gottesdiensten besonders gedacht werden.

*

Evangelische Geistliche aus allen Teilen Deutschlands sind gestern in Gießen zu dem deutschen Pfarrertag eingetroffen.

*

Bei dem in Karlsruhe abgehaltenen alemannisch-pfälzisch-fränkischen Heimatfest waren schätzungsweise 40 000 Besucher anwesend.

*

In Ausführung der Vorschriften des Versailler Vertrages hat der preußische Innenminister auf Grund eines Verlangens der Militärkontrollkommission verfügt, daß alle auf Mobilmachungsvorarbeiten bezüglichen Listen der Zivilbehörden sowie Mobilmachungspläne und die aus der Zeit vor und während des Krieges stammenden Akten zur Durchführung der Rekrutierung, insbesondere die Landwehr- und Landsturmrollen, vernichtet werden.

*

Der Fraktionsvorsitzende der nationalsozialistischen Freiheitspartei, v. Graefe, M. d. R., hat sich nach blutigen Schlägereien mit Kommunisten in einer Versammlung in Friedland in Böhmen freiwillig in Schutzhaft begeben, ebenso der in seiner Begleitung befindliche Reichstagsabgeordnete Schliephake.

*

Wie eine Berliner Lokalkorrespondenz hört, haben die Eisenbahnerorganisationen beschlossen, die Lohnvereinbarungen mit dem Reichsverkehrsministerium zu kündigen und am Donnerstag (heute) eine Deputation ins Reichsverkehrsministerium zu schicken, die die Wünsche der Eisenbahner vortragen soll.

*

Wie das „Journal de Jouvenel" mitteilt, ist man in Völkerbundskreisen der Anschauung, daß der für die Abrüstungskonferenz vorgesehene Termin vom 15. Juni 1925 eventuell bis zum Herbst 1925 verschoben werden müsse. — Auf deutsch: man rüstet überhaupt nicht ab!

*

Die amerikanischen Bankiers, die sich für die deutsche Anleihe interessierten, sind über die drohende Verzögerung ziemlich enttäuscht und weisen darauf hin, daß eine spätere Auflegung vielleicht eine weniger günstige Marktlage fände; daher sei ein früherer Termin erwünscht.

*

Wie „Dernier Heure" berichtet, wird nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten Theunis die Frage der 26prozentigen Abgabe von der deutschen Einfuhr von Belgien geprüft werden. Es sei vorauszusehen, daß Belgien in dieser Angelegenheit Frankreichs Beispiel folgen werde. — Nun fehlen nur noch Amerika und Italien, dann wären alle deutschen Währungssicherheiten aus dem Dawesplan glücklich heraus.

*

Der Kongreß der britischen Gewerkschaften ernannte eine besondere Abordnung, die Rußland besuchen soll.

*

Macdonald wird am 1. Oktober mit einer Abordnung der Bergarbeitervereinigung über die Durchführung des Dawesplanes, sowie er die Interessen der britischen Bergbauindustrie angeht, beraten.

*

Die polnische Polizei kam einer großen Militärbefreiungsorganisation in Warschau auf die Spur und verhaftete siebzig Personen. Führer ist der 70jährige Multimillionär Fuchs mit seinem Sohne. Im ganzen sollen etwa 400 Personen vom Militärdienst befreit worden sein unter Mithilfe von Personen des höheren Sanitätsdienstes.

*

Gestern überfielen bolschewistische Soldaten mit Maschinengewehren und unter Führung russischer Offiziere in Uniform verschiedene beharabische Dörfer. Sofort aufgebotene rumänische Truppen vertrieben nach heftigem Kampfe die Eindringlinge, von denen sie dreihundert töteten und eine ganze Anzahl gefangen nahmen. Bei einigen von ihnen fand man sehr wichtige Geheimpapiere.

*

Nach einer Madrider Meldung schreitet die spanische Offensive in Marokko günstig fort. Bei Schechouan hat ein Gefecht stattgefunden. Nach heftigem Kampfe haben die Truppen Castros und des Generals Serrano die Stellung der Kabylen erstürmt.

*

Der chilenische Minister des Aeußern gibt bekannt, daß die neue chilenische Regierung von Deutschland, England und dem Vatikan anerkannt worden ist.

Auslandsstimmen zum Eintritt in den Völkerbund.

Amerika ist befriedigt.

Neuyork, 24. September. In hiesigen politischen und Finanzkreisen wird der Entschluß der deutschen Reichsregierung, dem Völkerbund beizutreten, lebhaft begrüßt. Deutschlands Eintritt in den Völkerbund wird als ein neuer Schritt vorwärts angesehen, der zur Beseitigung der Kriegsatmosphäre in Europa viel beitragen dürfte. Die Zeitungen geben von dem Berliner Beschluß gleichfalls mit Befriedigung Kenntnis.

England ist zurückhaltend.

In englischen Kreisen wird die deutsche Erklärung im allgemeinen zustimmend beurteilt, jedoch zeigt sich hier unverkennbar starke Zurückhaltung. Die Auffassung der europäischen Neutralen ist in der überwiegenden Mehrzahl günstig, ganz besonders, soweit die skandinavischen Nationen in Betracht kommen. So wertvoll dieser letztere Faktor an sich auch ist, so scheint er doch gewisse Gefahren in sich zu bergen. Allgemein wird angenommen, daß gegen Ende dieses Jahres eine außerordentliche Session des Kongresses stattfinden werde. Die notwendige Zahl von einem Drittel der Bundesmitglieder würde sich ohne Zweifel zusammenfinden. Alle Kongreßkreise seien sich darüber klar, daß **die Konferenz zur Beschränkung der Rüstungen, die im Juni nächsten Jahres stattfinden soll, ohne Teilnahme Deutschlands gar nicht ernsthaft in Frage käme.**

Der Genfer „Times"-Vertreter meint, der deutsche Anspruch auf dauernden Sitz sei an sich nicht unpassend, seine Stellung heute möge sich aber als inopportun erweisen, da er sicher auf heftigen französischen Widerstand stoßen werde. Frankreich möge seine Einwendungen gegen irgendwelche privilegierte Behandlung Deutschlands unnötig scharf ausdrücken, aber sie seien auf elementare Gerechtigkeit und gesunden Menschenverstand gegründet. Einige Bemerkungen in den amtlichen deutschen Communiqué seien beunruhigend.

Andererseits bringt „Daily Herald" einen Leitaufsatz, der den deutschen Beschluß freudig begrüßt. Auch „Daily Chronicle" betont, der Eintritt Deutschlands ohne einen permanenten Sitz sei vom deutschen Standpunkt wie auch vom englischen undenkbar.

Frankreich ist nicht zufrieden.

Der Beschluß der deutschen Regierung hat in Frankreich bis auf wenige Ausnahmen in der gesamten Presse Unzufriedenheit erregt.

„Echo de Paris" erfährt aus Genf, daß die Lage recht verwickelt sei, da Deutschland durch das Entgegenkommen gewisser Mächte und durch das Bestreben Frankreichs, an Stelle der Gewalt die freie Zustimmung treten zu lassen, veranlaßt worden sei, Bedingungen zu stellen.

Jetzt, wo Deutschland verhandeln wolle, müsse Frankreich um so fester sein.

„Echo de Paris" meldet, daß, wenn Deutschland an der Militärkontrolle allgemein gleichberechtigt mit den andern Mächten teilnehmen wolle, dann wolle es eines oder das andere Kolonialmandat, z. B. Ostafrika, es wolle sich im Saargebiet, beim Schutz der deutschen Minderheiten in der Tschechoslowakei und Polen sowie bei der Abrüstung auch der anderen Staaten beteiligen. Diese Forderungen, die im deutschen Ministerrat selbst noch nicht durchgedrungen seien, würden durchdringen, sobald in einigen Tagen die Zahl der Minister der Rechtsparteien im Kabinett vergrößert sein werde. „Temps" und „Journal des Debats" stellen fest: „Wenn Deutschland einen ständigen Sitz im Rat erhalte, so hätte es sich damit

die Stellung einer europäischen Großmacht

wieder verschafft, da es in die Lage gesetzt werde, in sämtliche wichtigen Fragen einzugreifen und seinen Einfluß zur Verteidigung seiner Interessen aufzuwenden."

Aus französischen politischen Kreisen verlautet, der ständige Sitz für Deutschland im Völkerbundsrat bringe eine ganze Reihe sehr schwieriger Probleme mit sich. Vor allem glaubt man, daß eine

Aenderung der Statuten des Völkerbundsrats

selbst notwendig werde. Bisher war die Einstimmigkeit Regel des Völkerbundsrates. Dies kann bei einer Versammlung von nur wenigen Mitgliedern noch erreicht werden. Bei der Erweiterung des Rates auf zehn Mitglieder dachte man schon daran, die Einstimmigkeit durch die einfache oder qualifizierte Mehrheit zu ersetzen. Nunmehr, da Deutschland als erstes Mitglied in den Rat kommen soll, dürfte gleichzeitig die Abgehen von der Regel der Einstimmigkeit das notwendige Gegenstück zu der Aufnahme Deutschlands sein.

Was speziell das Verlangen nach einem ständigen Sitz im Völkerbund anbelangt, so wird bemerkt, daß es Großmächte gebe, wie z. B. Brasilien, das größer sei als Deutschland und auch keinen ständigen Sitz im Rat habe. (!!!)

*

Es ist wirklich harmlos, noch immer an einen ehrlichen Verständigungswillen Frankreichs zu glauben. Erst schreit es über deutschen Revanchegeist und verlangt von aller Welt „Sicherung" seiner Millionenarmee gegen das wehrlose Deutschland. Kaum aber liefert Deutschland einen Beweis für seinen Verständigungswillen durch Bereiterklärung zum Eintritt in den Völkerbund — der doch bisher nichts als ein Sicherungsorgan Frankreichs war — so schreit es: „Deutschland will wieder Großmacht werden!" und verlangt Aenderung der Statuten gegen Deutschland. Immerhin: wenn der deutsche Einfluß Frankreich unangenehm ist, war er vom deutschen Standpunkt aus vermutlich richtig.

* * *

Vertagung der Entscheidung?

Paris, 25. Sept. Dem Berichterstatter des „Journal des Debats" in Genf erklärte der englische Delegierte beim Völkerbund Lord Parmoor, nach seiner Ansicht sei es zu spät für Deutschland, im Laufe dieser Session seinen Eintritt in den Völkerbund zu fordern. Nach einer Havasmeldung aus Genf soll dort gestern von der Möglichkeit der Einberufung einer außerordentlichen Session gesprochen worden sein, um über die Zulassung Deutschlands zu beschließen.

Deutschlands Bedingungen.

Berlin, 25. September. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist das Auswärtige Amt damit beschäftigt, ein Memorandum aufzustellen, das den zehn im Völkerbundsrat vertretenen Staaten unterbreitet werden soll und die Fragen behandelt, deren genaue Beantwortung die Regierung wünscht, bevor sie einen endgültigen Beschluß über den Antrag auf Zulassung faßt.

Ueber das Memorandum selbst verlautet, daß es in zwei Teile zerfällt. Einige Punkte sind als unerläßlich für Deutschlands Eintritt bezeichnet, andere werden mehr in Wunschform vorgebracht. Zu den unerläßlichen Voraussetzungen dürfte insbesondere die Frage des Schuldbekenntnisses gehören. Eine nochmalige Anerkenntnis des Schuldparagraphen wird abgelehnt. Die Frage einer früheren Rheinräumung dürfte, wenn auch nicht in Form einer unbedingten Voraussetzung für den Eintritt, in dem Memorandum erwähnt werden.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wird, vorausgesetzt, daß die jetzt eingeleitete Aktion Erfolg hat, aller Wahrscheinlichkeit nach in dieser Session nicht mehr erfolgen. In Kreisen der Reichsregierung rechnet man damit, daß Deutschland etwa im Dezember im Völkerbund vertreten sein wird.

Coolidges Abrüstungskonferenz unsicher?

„Times" meldet aus Neuyork, daß Coolidge möglicherweise auf den Plan verzichtet, eine zweite Abrüstungskonferenz selbst einzuberufen. Amerika könne sich einem vom Völkerbund in dieser Richtung eingeleiteten Vorgehen nicht gut widersetzen. Allerdings würde für die Abrüstung mehr erreicht, wenn die Länder fern von der europäischen Atmosphäre in Amerika zusammenträten.

Die Vorbereitungen für die deutsche Anleihe in London.

Nach Blättermeldungen sind alle Vorbereitungen für den auf London entfallenden Teil der 40 Millionen Pfund-Anleihe für Deutschland beendet. Man spricht von einem Ausgabepreis von 95 Proz. und einem Zinsfuß von 3 Proz., wohingegen in New York von einem Zinsfuß von 7,5 bei gleichem Ausgabekurs. In London werden nicht weniger als zehn Millionen als Minimum und nicht mehr als 15 Millionen als Maximum angenommen. Reichsbankpräsident Dr. Schacht weilt in London und führt die Verhandlungen.

Die Unfruchtbarmachung von Verbrechern.

Von Dr. med. Timaeus-Wansleben.

Zu vorstehendem Thema sind uns eine ganze Reihe von Zuschriften zugegangen, die beweisen, daß das Interesse für allgemeinwichtige Fragen heute keineswegs so geschwunden ist, wie man in dieser materialistischen Zeit vielfach glaubt. Die nachstehenden Ausführungen bieten eine wertvolle Ergänzung des ersten Aufsatzes zu diesem Thema. D. Schriftl.

Unter dem Titel **„Schnapphähne und Kapphähne"** hat vor einigen Tagen ein Jurist in dieser Zeitung die Frage der Unfruchtbarmachung der Minderwertigen behandelt, eine Frage, die immer mehr die Oeffentlichkeit beschäftigt oder beschäftigen sollte, und mit der sich wohl bald auch der Reichstag wird auseinandersetzen müssen.

Der angeführte Aufsatz bedarf jedoch einer Berichtigung in der Ergänzung von ärztlicher Seite.

Als Eingriff zum Unfruchtbarmachen kommt nicht die „Kastration" in Frage, sondern die „Sterilisation".

Durch Kastration kann man wohl einen Bullen zum arbeitsamen Haustier machen; aus einem ungezähmten, unsozialen Menschen könnte man wohl auch ein Wesen machen, das unter Stockhieben stumpfsinnig rohe Muskelarbeit verrichtet, aber zu einem brauchbaren Mitglied der menschlichen Gesellschaft würde er dadurch nimmermehr. Ein Kastrat ist ein innerlich unglücklicher, immer unzufriedener, heimtückischer und neidischer Gesell, oft mit perversem Triebleben. Alles, was den Menschen mit seiner Umgebung verkettet, was ihn in den sozialen Bau einordnet, Beständigkeit, Redlichkeit, Offenheit, Liebe und Selbstlosigkeit, wenigstens den nächsten Angehörigen gegenüber, kurz gesagt, der „Charakter", ist ihm genommen. Mit Recht wird daher die Kastration als einer der schwersten Eingriffe angesehen.

Die obenerwähnte „Sterilisation", eine leichtere Operation, die vor allem beim Manne völlig ungefährlich ist und in lokaler Anästhesie in wenigen Minuten ausgeführt werden kann, läßt das Seelenleben unbeeinflußt. Auch das Geschlechtsleben bleibt normal, doch sind die Operierten unfruchtbar. Erfahrungen darüber liegen in großen Zahlen aus den Vereinigten Staaten von Amerika vor. Dort werden in einer Anzahl von Bundesstaaten gewisse Kategorien von Verbrechern und Minderwertigen (ein für den Psychiater exakt feststehender Begriff) zwangsweise sterilisiert. Innerhalb gesetzlich genau umschriebener Grenzen können sich dort aber auch schwachsinnige und minderwertige Menschen freiwillig sterilisieren lassen. Und man hat die Erfahrung gemacht, daß viele Insassen von Gefängnissen, Anstalten usw. die Operation auf Zureden berufener Personen gern an sich vornehmen lassen, da es in ihren Kreisen bekannt ist, daß keine wesentlichen Störungen entstehen, andererseits aber die Nachkommenschaft, die für diese Sorte von Menschen doch meist sehr unerwünscht ist, ausbleibt.

Der Vorteil für die Allgemeinheit liegt auf der Hand. Immer wieder machen wir die Erfahrung, daß ein großer Teil aller Arbeit sich aufsehrt für wenige, uns wohlbekannte Familien, deren Eltern, kaum fähig sich selbst ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen, leichtsinnig Jahr um Jahr ein Kind in die Welt setzen, das erfahrungsgemäß die minderwertigen Anlagen auf eine erschreckend große Zahl von Enkeln weiter vererbt. Ein Beispiel aus Amerika wird oft angeführt. Eine Landstreicherin hatte in wenigen Generationen 2820 Nachkommen. Darunter waren sehr viele Verbrecher aller Art, auch mehrere Mörder. Ueber die Hälfte aller weiblichen Nachkommen wurden Prostituierte. Zur Zeit, da diese Statistik aufgestellt wurde, lebten noch etwa 600 Schwachsinnige aus diesem Geschlecht in verschiedenen amerikanischen Anstalten. All das Elend hätte vermieden werden können, wenn die Stammutter, die Landstreicherin, an der Fortpflanzung verhindert worden wäre.

Die menschliche Rasse kann sich, ebenso wie jede Tierrasse, nur gesund erhalten, wenn alle minderwertigen Individuen ausgemerzt werden. Einer der schlimmsten Schäden unserer „Kultur" liegt aber darin, daß gerade sie unter Aufwand von viel Liebe und ungeheuren Geldmitteln systematisch erhalten und fortgezüchtet werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240925019/fragment/page=0001

während die vorauschauenden, ihrer Verantwortung bewußten Menschen gezwungen sind, ihre Kinderzahl klein zu halten, damit ihre Familie nicht der Sorgen anheimfalle — und in tiefere soziale Schichten hinabsinke. Wenn hier nicht Abhilfe geschaffen wird, ist der Untergang unseres Volkes nicht aufzuhalten.

Der Abbau in Preußen.

Preußischer Landtag.

Zur Beratung des Landtags am Mittwoch stehen zunächst die Anträge des Ausschusses auf Aufhebung bzw. Abänderung der Personalabbau-Verordnung. Der Ausschuß hat nur den Antrag der Deutschnationalen, „das Reichsministerium zu ersuchen, auf die Regierung dahin einzuwirken, daß durch die baldigste Vorlage eines entsprechenden Reichsgesetzes die Hemmungen beseitigt werden, die einer zweckentsprechenden Aenderung der preußischen Personalabbauverordnung vom 9. Februar 1924 entgegenstehen", zur Annahme empfohlen, dagegen alle übrigen Anträge der Sozialdemokraten und Demokraten abgelehnt. Ferner hat die Mehrheit des Ausschusses Entschließungen vorgeschlagen auf Vorlage eines Gutachtens darüber ob der Abbau von Wahlbeamten mit der Reichsverfassung in Einklang zu bringen ist und bis dahin den Abbau von Wahlbeamten zu unterlassen.

Das Staatsministerium wird ferner ersucht, entsprechend dem Beschluß des Reichstags und dem Vorgehen der Reichsregierung jeden weiteren Personalabbau auf Grund der Verordnung einzustellen und die erforderlichen Anordnungen an die nachgeordneten Behörden einschließlich Kommunalbehörden zu erlassen, sobald der Abbau in Preußen in dem Maße durchgeführt ist, als das mit Rücksicht auf Einschränkungen des Aufgabenkreises oder Abnahme des Geschäftsumfanges geboten erscheint.

Abg. Hirsch (Soz.) sucht nachzuweisen, daß man sich der Verordnungen bedient habe, um aus politischen Gründen mißliebige Beamte zu beseitigen. Am ungeniertesten und rücksichtslosesten sei man dort aufgetreten, wo das Ziel die Beseitigung von Sozialdemokraten aus ihren Aemtern sei. (Beifall b. d. Soz.) Abg. Ebersbach (Dn.) spricht die Ueberzeugung aus, daß politischer Mißbrauch mit den Verordnungen getrieben ist und wir waren die ersten, die im ständigen Ausschuß auf das Hineinarbeiten von Sicherungen in die preußische Verordnung gedrängt haben. Unter der Ausführung der Abbauverordnung haben vor allem die deutschnationalen Beamten zu leiden gehabt (Widerspruch und Lachen links), ohne daß sich die Sozialdemokraten darüber aufregen. Es läßt sich wirklich nicht vertreten, daß in jedem Abbau eines sozialdemokratischen Stadtrats ein politischer Mißbrauch erblickt wird. Abg. Baumhoff (Z.) hebt die Sachlichkeit der Ausschußverhandlungen hervor. Im Plenum aber treibe man unverantwortliche Demagogie. Beim

Abbau von Scheidemann und Leinert

liegt zum mindesten der Verdacht vor, daß es sich hier um politische Gründe handelt. Die Sozialdemokraten haben da, wo sie die Macht haben, ihrerseits auch solche Dummheiten gemacht. Abg. Meyer-Herford (Dvp.) hebt die Vortrefflichkeit des deutschen Berufsbeamtentums hervor. Auch seine Partei sei stets für die Beamtenschaft eingetreten. An dem baldigsten Verschwinden der Abbauverordnung habe auch die D. V. P. das größte Interesse. Die Ausführung der Verordnung müsse sachlich erfolgen, dazu gebe die Verordnung selbst Gelegenheit und Möglichkeit. In der Abstimmung wird ein Antrag Ebersbach (Dntl.), die Entschließungen betr. ein Gutachten des Justizministeriums über den Abbau von Wahlbeamten und betr. Aussetzung des Abbaues von Wahlbeamten bis zur Nachprüfung dieses Gutachtens dem Beamtenausschuß zurückzugeben, gegen die beiden Parteien der Rechten abgelehnt. Ueber die Entschließung betr. Aussetzung des Abbaues von Wahlbeamten findet auf Antrag Ebersbach (Dnt.) namentliche Abstimmung statt. Die Auszählung ergibt bei 184 abgegebenen Stimmen die

Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Vizepräsident Dr. v. Kries beraumt die nächste Sitzung auf 3 Minuten später mit der gleichen Tagesordnung an. Gegen 3 Uhr wird die neue Sitzung wiederum eröffnet. Die Abstimmung wird nicht mehr fortgesetzt. Das Haus wendet sich sofort der zweiten Lesung des Staatshaushaltsplans zu. Der Haushaltsplan der Seehandlung wird bewilligt. Das Haus geht über zur Beratung des Haushalts der Landwirtschaftlichen Verwaltung. Referent des Hauptausschusses ist Abg. Dr. Milberg (Dntl.). Der Ausschuß hat dem Plenum eine Reihe von Anträgen und Entschließungen zur Annahme vorgeschlagen, die die Neuregelung des landwirtschaftlichen Real- und Personalkredits, ein einfacheres Schätzungsverfahren für die Grundvermögensbewertung, Wiedereinführung landwirtschaftlicher Schutzzölle, Steuerstundung, Ermäßigung der zu hohen Spanne zwischen Erzeuger- und Konsumentenpreisen, Reform der Steuerpolitik usw. betreffen. Der Referent geht in seinem mündlichen Bericht besonders auf die ernste Lage der Landwirtschaft auf die Notwendigkeit landwirtschaftlicher Schutzzölle und auf die der Stundung der rückständigen Steuern ein. Abg. Held (DVp.) erhebt Einspruch gegen die Haltung des Ministerpräsidenten zur Zollvorlage. Darauf wird die Beratung abgebrochen.

Erhöhte Hauszinssteuer.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages beschäftigte sich am Dienstag abend mit der preußischen Steuernotverordnung. Vor allem wurden die Abänderungsanträge des Zentrums und der Deutschnationalen erörtert, die bekanntlich eine wesentliche Herabsetzung der Hauszinssteuer für bebaute und die Besteitigung für landwirtschaftliche Wohngrundstücke verlangen. In der Generalaussprache schlug Finanzminister Dr. von Richter in Anbetracht der schwierigen Lage der Landwirtschaft infolge der Unwetterschäden vor, eine gesetzliche Regelung zu treffen, nach der die Hauszinssteuer für landwirtschaftliche Wohngebäude bis zum 1. Juli 1925 nicht erhoben wird. Jedenfalls müßten sich die Koalitionsparteien in der Frage der Hauszinssteuer einigen, da er sonst nicht in der Lage sei, weiter die erhöhten Beamtengehälter zu zahlen.

Die Koalitionsparteien einigten sich nach langwierigen Verhandlungen am Mittwoch abend auf einen gemeinsamen Antrag, der

die Landwirtschaft mit Rücksicht auf die schlechte Ernte von der Hauszinssteuer befreit, die Erhöhung der allgemeinen Hauszinssteuer am 1. Oktober (100 Prozent = 4 Prozent der Friedensmiete) zwar eintreten läßt, aber von dieser Erhöhung nur die Hälfte dem Staate, die andere Hälfte der Förderung der Neubautätigkeit vorbehält und für den Ausfall zum Teil durch eine Verschiebung der Volksschullasten Deckung schafft. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Z. R. 3 auf der Fahrt nach Norden.

Trotz des schlechten Wetters im Laufe des Mittwoch und trotz starken Nebels über dem Bodensee hat sich die Führung des Z. R. III entschlossen, heute die Deutschlandfahrt anzutreten. Wenn die Fahrt günstig verläuft, soll die Fahrt über den Ozean in etwa zehn bis vierzehn Tagen stattfinden. Bei der Probe- wie bei der Ueberführungsfahrt nach Amerika wird die Deutsche Seewarte viermal täglich dem Luftschiff Funktelegramme über das Wetter senden und das Luftschiff seinerseits der Seewarte viermal täglich seinen Standort und seine Wetterbeobachtungen funken.

*

Richtung Frankfurt a. M.

Friedrichshafen, 25. September, 10 Uhr 30 Min. (Eigene Drahtmeldung.) Das Luftschiff Z. R. III wurde heute um 8 Uhr 55 Min. aus der Halle gebracht und stieg um 9 Uhr empor. Es machte zunächst eine etwa einstündige Fahrt zu funkentelegraphischen Versuchen über den See und hat dann die große Nordlandfahrt angetreten. Die Witterung ist vorläufig nicht ungünstig. Bei seiner Auffahrt wurde das Luftschiff von einer zahlreichen Zuschauermenge mit großer Begeisterung begrüßt. Das Luftschiff fuhr um 10 Uhr in Richtung Frankfurt a. M. weiter.

*

Friedrichshafen, 25. September. Die Fahrt führt voraussichtlich zunächst in nordwestlicher Richtung über Tübingen, Heidelberg, dann nach Frankfurt a. M., Gießen, Marburg, Göttingen und Hannover. Je nach der Wetterlage wird es sich entscheiden, ob die Fahrt auch nach Hamburg und Bremen ausgedehnt wird. Im übrigen ist die Innehaltung einer bestimmten Fahrtstrecke nicht möglich, da die Richtung der Fahrt mehr oder weniger von den Windverhältnissen bestimmt wird.

Friedrichshafen, 25. Sept. (Eigene Drahtmeldung.) Das Luftschiff Z. R. III fliegt ziemlich tief, in etwa 300 bis 400 Meter Höhe, um von der Erde aus gut beobachtet werden zu können. Dr. Eckner gab vor der Abfahrt bekannt, daß der Regen dem Luftschiff keine Behinderung geben würde. Die bisher bekanntgewordenen Ueberflugzeiten werden sich um etwa 2 Stunden verschieben. Frankfurt würde demnach um 12 Uhr, Kassel um 2 Uhr, Hannover um 3½ Uhr und Hamburg zwischen 5 und 6 Uhr passiert werden.

Friedrichshafen, 25. September, 12 Uhr mittags. (Eigene Drahtmeldung.) Zur Stunde liegen von der Fahrt des Luftschiffes nur günstige Nachrichten vor. Wie der Vertreter der Telunion erfährt, ist die Dauer der Deutschlandfahrt nicht auf 40, sondern auf 30 Stunden festgelegt, je nach den Windverhältnissen auch wenige Stunden länger. Eine Landung in Staaken oder sonstwo ist gänzlich ausgeschlossen.

*

Das Luftschiff hat um 10.30 Uhr Sigmaringen, 10.55 Uhr Tübingen, 11.20 Uhr Pforzheim und 11.32 Uhr Bruchsal in sehr rascher Fahrt passiert.

Keine Aufwertung der Reichsanleihen.

Im Ausschuß für die Aufwertungsfrage im Reichstag ließ die Reichsregierung ihren Standpunkt dahin erklären, daß eine Aufwertung oder auch nur eine geringe Verzinsung der Reichsanleihen gegenwärtig völlig unmöglich sei. Der Beweis hierfür würde an Hand der kommenden Etatszahlen gegeben. Die Verhandlungen sind, ohne zu einem Beschluß zu kommen, auf heute vormittag vertagt worden. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, besteht das Zentrum nach wie vor auf seinem Antrag, der eine Verzinsung von 0,5 Proz. als erwünscht bezeichnet. Zu den Ausführungen des Reichsfinanzministers verlautet, daß der Minister einen Plan entwickelte über die Art und Weise, wie den nachweisbaren bedürftigen Besitzern von Kriegsanleihe auf sozialem Wege geholfen werden könne. Auf die Besitzer anderer Reichsanleihe bezieht sich der Plan nicht.

Deutsche Auslandshandelskammern.

Die Industrie für die Agrarzölle.

Im großen Sitzungssaale der Berliner Handelskammer fand Mittwoch die stark besuchte Vollsitzung der Auslandshandelskammer statt. Für die Reichsregierung war Reichswirtschaftsminister Dr. Hamm erschienen, der Grüße der Reichsregierung überbrachte. Der Tagung war eine Sitzung des Hauptausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstages vorangegangen. In dieser Sitzung wurde zur Frage der Agrarzölle eine Entschließung angenommen, in der

die Wiederherstellung eines Zollschutzes für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse nach wie vor für geboten gehalten wird. Die gesamte deutsche Wirtschaft habe für Jahre hinaus ein starkes Interesse an der Erhaltung einer produktionsfähigen Landwirtschaft, die das deutsche Volk ernährt und die für die Erzeugnisse von Handel, Industrie und Gewerbe aufnahmefähig sei.

In einer weiteren Entschließung stimmte der Industrie- und Handelstag dem Vorgehen der Reichsregierung zu. Sie müsse die ihr ab 1925 zustehende Handlungsfreiheit auf handelspolitischem Gebiete in vollem Maße zur Besserung der deutschen Ausfuhrmöglichkeiten ausnützen.

Nach der Rede des Reichswirtschaftsministers folgten die Berichte der einzelnen Auslandshandelskammern.

Ein sozialistischer Auftakt zum Städtetag.

Der Deutsche Städtetag wurde gestern in Hannover mit einer Sitzung des Vorstandes begonnen. Nach einer Meldung des „Vorwärts" gaben die sozialdemokratischen Mitglieder des Vorstandes vor Eintritt in die Tagesordnung die Erklärung ab,

daß sie angesichts des Verhaltens des Hannoverschen Magistrats gegen den Oberbürgermeister Leinert nicht in der Lage seien, der Einladung der Stadt Hannover Folge zu leisten. Die sozialdemokratische Fraktion des Städtetages beschloß ebenfalls, der Einladung der Stadt Hannover nicht zu folgen und diesen Beschluß bei Eröffnung der Tagung durch eine Erklärung zu begründen.

Bisher keine amerikanischen Kredite für den Ruhrbergbau.

Berlin, 25. September. Die Meldung eines Berliner Blattes, wonach eine Ruhrkohlenanleihe in Höhe von 5 Millionen Dollar abgeschlossen sei, wird von den zuständigen Stellen in Essen als völlig unzutreffend bezeichnet. Die Verhandlungen über die Zehn-Millionen-Dollar-Anleihe sind überhaupt gescheitert. Es finden zurzeit durch Vermittelung weisbenischer Banken Verhandlungen mit amerikanischen Finanzgruppen wegen bedeutend kleinerer Kredite statt. Auch diese Verhandlungen haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt.

Japan-Rußland gegen China.

„Evening Post" in New York bringt die sensationelle Meldung aus Peking, daß sich Japan und Rußland zum engsten Zusammengehen für den Gouverneur der Mandschurei gegen Peking entschlossen hätten. Es wäre durchaus mit der Möglichkeit eines ostentativen Eingreifens der beiden Mächte in der Mandschurei zu rechnen, falls die Truppen der Pekinger Regierung nach Norden durchbrechen sollten. Die Unterzeichnung eines russisch-japanischen Vertrages zur Unterstützung der Mandschurei stünde in kürzester Zeit bevor

*

New York, 25. Sept. (Telunion.) Wie aus Schanghai gemeldet wird, sind die Friedensverhandlungen zwischen den kämpfenden Parteien gescheitert. General Lu hat sich am Nachmittag wieder an die Front begeben. Man erwartet in den nächsten Tagen eine entscheidende Schacht. Offiziere der Kiangsu-Armee haben gestern bei Hangtschou zwei Eisenbahnbrücken in die Luft gesprengt.

London, 24. Sept. Amtlich wird gemeldet: Die Vertreter Englands, der Vereinigten Staaten und Japans in Schanghai haben eine Bekanntmachung veröffentlicht, in der erklärt wird, daß ihren Regierungen gegenwärtig irgendeine Intervention im chinesischen Bürgerkriege völlig fernläge. Ueber die Frage einer Intervention haben, soweit es in London bekannt ist, auch keinerlei Besprechungen zwischen den genannten Mächten stattgefunden, und jede Vermittlungsaktion könnte erst nach der Schaffung eines vollkommenen Einvernehmens zwischen den genannten Großmächten unternommen werden.

Unter dem Vorsitz des deutschen Eisenbahnbelegierten wurde in Venedig eine Vorversammlung der auswärtigen Delegierten für die Eisenbahn- und Hafenkonferenz abgehalten. Es wurde eine Einigung dahingehend erzielt, daß der Verkehrstarif für Waren zwischen Italien und Deutschland auf der Grundlage von direkten Preisen ermöglicht werden soll.

Durchlaucht — Frau Güldenwerth.

Roman von **Fred Relius.**

Nachdrucksrecht bei Aug. Scherl, G.m.b.H., Berlin.

22. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Die erste war der Angeklagte selbst. Dieser schlanke, elegante Reitertyp mit dem schmalen feinen Kopf, den großen stahlblauen Leuchteaugen und — das war's — dem Ordensstern am Hals. Auf der Anklagebank ein ungewohntes Bild. Da wisperte und raunte es. Ein Spaßvogel hatte den Umstzenden erklärt, das sei der Hausorden der Herzöge von Hohenastenberg. Ein paar Frauen glaubten's. Ein Superklinger behauptete, es sei der Johanniter. Und dann drang es durch: der Pour le merite — die höchste Kriegsauszeichnung die es für Offiziere gab, und ein geheimnisvolles Nimbus war fortab um Jürgen.

Er hatte — als er sich zu seinem schweren Gange rüstete — gezaudert, ob heute die Ordensdekoration am Platze sei. Dann entschied er: ja. Seiner guten ehrenhaften Sache wegen. Weil er den Kopf hochtragen durfte. und weil auf den Strahlenglanz des blauen Sterns auch heute kein Schatten fallen würde. Die Banddekorationen ließ er fort. Aber der Pour le merite gehörte an den Hals und das Verwundetenabzeichen in Gold. Das E. K. I und das Flieger-Beobachterabzeichen kamen an den schwarzen Rock.

und dann erzählte Jürgen auf Befragen des Vorsitzenden klipp und klar, wie sich die Katastrophe in der Wiener Straße zugetragen habe. Nur zum Schluß wich er von der Wahrheit ab. Hohenastenberg habe sich in sinnloser Raserei auf die schon vorher schwer mißhandelte Herzogin gestürzt. Als er — Güldenwerth — schützend vor die Dame sprang, sei ihm die Reitpferdpeitsche des Herzogs ins Gesicht gesaust. Anspruna bes bis aufs Blut gereizten Jürgen. Plötzlich der Browning in der Hand des Herzogs. Der erste Schuß. ... Schwer getroffen hat Jürgen noch die Kraft, den Browning, den der Herzog auf den Teppich fallen läßt, zu fassen ... ihn auf das Raubtier, das von Blutdurst sinnlos mit der Peitsche auf die Kranke einhaut, anzuschlagen ... ohne zu zielen, ohne Ueberlegung, aus dem einfachen Gefühl heraus, äußerste Gefahr ist im Verzuge ... Menschenpflicht der Herzogin zu helfen ... irgendwie ... durch irgend was.

Die Herzogin von Hohenastenberg — die Hauptzeugin der Tat — war ihres Nervenzustandes wegen an Gerichtsstelle noch immer nicht vernehmungsfähig. Ihre Aussage durfte nach dem Gutachten der Aerzte gerichtlich nicht als klar und einwandfrei bewertet werden. Sie lebe in dem Wahn, daß sie selbst ihren Mann erschossen habe.

Die Gutachten der Psychiater stimmten darin überein, daß die Kranke einen völligen Zusammenbruch ihrer Nerven und ihres Gemüts erlitten habe, der vorübergehend ihr klares Denken trübe. Wahnvorstellungen in diesem Zustand seien möglich — ja wahrscheinlich.

Der Bericht der Aerzte sprach sich über die Mißhandlungen aus, die die Herzogin erlitten hatte. Ein großer Teil des Körpers wiese Sugillationen auf, die durch gewaltsame Einwirkung von Schlaginstrumenten — wie Stock und Peitsche — oder durch Stoß und Würgen hervorgerufen seien. Der körperliche Zustand der Herzogin lege die Befürchtung nahe, daß sie das Opfer ehelicher, sadistischer Brutalitäten schlimmster Art gewesen sei.

Aufsehen erregte auch die Mitteilung, Gewalt und Willen ihres Mannes haben auf die Kranke sporadisch so gewirkt, daß von Hetera-Suggestion gesprochen werden könne. Sonderbare Handlungen, die die Herzogin in letzter Zeit begangen habe, wären scheinbar durch den Herzog insszeniert.

Ein düsterer Sittenfilm rollt vor den Geschworenenbänken ab. Dem Haupt der Gorgo gleich wächst das Bild des Schreckens dieser in dem Saal. Die Antezedenzien des Herzogs von Hohenastenberg werden ausgegraben. Kriegsgerichtliche Urteile wegen Mißhandlung gegen ihn beim Militär ... die Untersuchung des Duells mit Graf von Jonghe in Belgien ... Alte, längst vergessene schmutzige Geschichten kommen wieder an den Tag ... Rasende Spielverluste des Verstorbenen werden aufgedeckt ... Es ist erweisbar, daß er seine Frau als geisteskrank entmündigen lassen wollte, um sich Teile ihres Vermögens anzueignen.

Der Arzt, der nach dem letzten schweren Anfall der Herzogin gerufen wurde, hatte damals Sugillationen an dem Frauenkörper festgestellt. Auf sein Befragen sagte ihm der Herzog, seine Frau neige in letzter Zeit zu religiösem Wahnsinn ... sie büße Sünden nach Art der Flagellanten ... triebe den bösen Geist, der von ihr Besitz genommen habe, durch Geißelhiebe aus.

Der alte Diener, den Hohenastenberg in Jürgens Gegenwart geschlagen hatte, äußerte die Vermutung, Durchlaucht habe ihn nicht leiden mögen, weil er der Herzogin ergeben war. Der Herzog litt nur Bediente um sich, die ihm blindlings und ohne Vorbehalt gehorchten. Einmal, als er Ihre Durchlaucht in tiefer Ohnmacht auf dem Teppich liegend fand, habe er telephonisch einen Arzt gerufen. Der Herzog kam dazu, drohte ihn hinauszuschmeißen und telephonierte an den Arzt, sein Kommen sei nicht nötig. Er — der Alte —, der schon im Elternhaus der Kranken Kammerdiener war, sei nur noch aus Treue und Anhänglichkeit gegen die Herzogin im Hohenastenbergschen Dienst geblieben.

Auf das Befragen des Vorsitzenden über den Verkehr des Angeklagten im herzoglichen Hause erzählte der Alte, daß er Jürgen zum ersten Male an jenem Sommermittag bei der Herzogin getroffen habe. Unerklärlich sei ihm, wie der Angeklagte in das Haus gekommen sei. Die Haustür war verschlossen. Er selber hatte mittags Dienst. Es sei ganz unmöglich, daß er den Eintritt eines Fremden nicht bemerkte.

Jürgen wird danach gefragt. Er antwortet zögernd ... stockend ... Es klingt abenteuerlich ... wenig wahrhaft, was er da erzählt. Daß er im Garten stand ... den Schrei der Kranken hörte ... durchs Fenster einstieg ... sich allein um die Herzogin bemühte, ohne irgend wen zu rufen.

Der Vorsitzende: „Wie kamen Sie damals in den herzoglichen Garten?"

Jürgen: „Ich habe dort — gesungen."

Irgend jemand lacht.

Der Vorsitzende: „Was soll das heißen? Gesungen?"

Jürgen erzählt von seiner Existenz als Lautensänger. Daß ihn die Not vorübergehend hierzu zwang. Von Steinkirchs Wette.

Der Staatsanwalt: „Also Bänkelsänger ... Straßensänger? — Als preußischer Offizier?"

Jürgen schweigt.

Der nächste Zeuge ist der Philosoph.

Knapp ... klar ... scharf ... trotz des hohen Gremiums, das da vor ihm sitzt, von seiner überlegenen Warte.

Rittmeister Güldenwerth — Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle. Die Tat, die zur Verhandlung steht, der Schlußbeweis dafür.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240925019/fragment/page=0002